

Inhalt

A. Einleitung: Als Bundesstaat in der Gemeinschaft	23
1. Das Problem.....	23
2. Bisherige Behandlung in der Forschung.....	27
3. Auswahlgesichtspunkte	30
4. Quellen.....	31
5. Zum Aufbau der Arbeit	31
B. Die Diskussion um die politische Gestalt Deutschlands und Europas nach 1945: Föderalismus als Ordnungsmodell.....	33
I. Die Bedeutung bundesstaatlicher und regionalistischer Elemente für die Integra- tion Europas: Theorie und Methoden der Integration.....	33
1. Föderale Einheiten als Untersuchungsgegenstände einer Europäischen Union.....	33
1.1 Zum Begriff der Integration.....	35
1.2 Zum Begriff der Europäischen Verfassung.....	37
2. Integrationstheorien.....	38
2.1 Der föderalistische Ansatz.....	39
2.2 Integration als Lern- und Kommunikationsprozeß.....	39
2.3 Der funktionalistische Ansatz	40
2.4 Der neo-funktionalistische Ansatz	40
3. Föderalismustheorien	41
3.1 Föderalismus als dynamisches Prinzip.....	42
3.2 Der Ansatz des österreichischen Instituts für Föderalismusforschung	44
3.3 Regionalisierung des europäischen Raums als Schrittmacher des Föderal- ismus in Europa	45
3.4 Begriff und Wesen des Regionalismus	46
3.5 Regionalismus und Föderalismus.....	48
II. Das Wirken der Länder für einen Bundesstaat Deutschland und ihr Einsatz für die europäische Integration.....	49
1. Die Entscheidung für den Föderalismus als staatsrechtliche Organi- sationsform eines zukünftigen Deutschlands.....	50
1.1 Die Besatzungspolitik der Alliierten.....	52
1.2 Das Wiederaufleben des Regionalismus in den Besatzungszonen.....	57

4.5	Die Ratifizierungsverhandlungen zum EVG-Projekt.....	148
4.5.1	Die Verhandlungen im Rechtsausschuß: Zur Erfordernis eines verfassungsändernden Gesetzes.....	149
4.6	Die Stellungnahme der Länder zum Antrag der Bundestagsabgeordneten Luise Albertz.....	150
4.6.1	Der Antrag der SPD-Abgeordneten Luise Albertz und anderer Mitglieder des Deutschen Bundestags.....	151
4.6.1.1	Die Stellungnahme der hessischen Landesregierung.....	151
4.6.1.2	Die Stellungnahme der Bundesregierung.....	152
4.6.1.3	Weitere Stellungnahmen der Länder.....	153
4.6.2	Der Bundesrat und die Vertragsgesetze: der zweite Durchgang.....	154
4.6.3	Die abschließenden Beratungen.....	157
5.	Die Länder und das Projekt einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG).....	158
5.1	Die Initiativen zur Schaffung der EPG.....	159
5.2	Zur Organisation der EPG.....	159
5.3	Die Erwartungen der Länder an die EPG.....	160
6.	Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.....	161
6.1	Die Haltung des Bundeswirtschaftsministers zur Wirtschaftsunion.....	161
6.2	Die Römischen Verträge.....	162
6.3	Zur Organisation der EWG.....	164
6.4	Zur Beteiligung von Ländervertretern bei den Brüsseler Verhandlungen.....	164
6.5	Das Ratifizierungsverfahren zu den Römischen Verträgen.....	166
6.5.1	Die Regelungen bezüglich der Beihilfen und des Verkehrs.....	167
6.5.2	Die Stellungnahmen der Länder zur politischen Dimension des Einigungswerks.....	169
6.5.3	Die Diskussion um die Reichweite von Art. 24 GG.....	170
6.5.4	Die Diskussion um erweiterte Mitwirkungsmöglichkeiten für die Länder.....	171
6.5.4.1	Zur Beschickung der Europäischen Versammlung.....	171
6.5.4.2	Die Reaktion der Bundesregierung.....	174
6.5.5	Zwischen Kritik und Unterstützung: Die Haltung der Länder zu den Integrationsprojekten.....	175
III.	Der Ausbau der Mitwirkungsmöglichkeiten der Länder: Zur Tätigkeit des Länderbeobachters.....	176
D.	Die Gestaltungsmöglichkeiten der Länder im Prozeß der europäischen Einigung von 1958 bis heute: Kompetenzen und Motive.....	181
I.	Der Bundesrat und die Europäische Gemeinschaft.....	181
1.	Die Funktion des Bundesrats in der Beurteilung seiner Präsidenten.....	181

2.	Das Thema Europa in den Antrittsreden der Bundesratspräsidenten.....	183
3.	Der Ausbau der Mitwirkungsmöglichkeiten des Bundesrats	186
3.1	Bundesrat und Europäische Gemeinschaften: Darstellung der Informations- und Einflußmöglichkeiten	187
3.1.1	Das Länderbeteiligungsverfahren von 1979	188
3.1.2	Das Bundesratsverfahren von 1986	188
3.2	Die Beschickung der europäischen parlamentarischen Gremien durch Bundesratsmitglieder.....	190
3.3	Die Direktkontakte des Bundesrats mit den Organen der Europäischen Gemeinschaft	191
3.4	Zur Arbeit des EG-Ausschusses.....	193
3.4.1	Die EG-Kammer	194
3.5	Zu den Tätigkeiten des Bundesrats.....	195
II.	Tendenzen europapolitischer Aktivitäten der deutschen Länder in den 60er und 70er Jahren.....	199
1.	Die Integrationspolitik in den 60er und 70er Jahren: Wechselwirkung zwischen politischer und wirtschaftlicher Einigung.....	199
2.	Die Europäische Gemeinschaft und die Länder in den 60er und 70er Jahren: Integrationspolitische Vorstellungen und der Einsatz der Länder: Eckpfeiler einer eigenständigen Europapolitik.....	201
2.1	Die Vorstellungen über die Zukunft der Wirtschaftsgemeinschaft	202
2.2	Die Reisediplomatie der Länder	203
III.	Die Länder und das Konzept der Politischen Union: Die Fouchet-Pläne und der Deutsch-Französische Freundschaftsvertrag.....	204
1.	Die Fouchet-Pläne.....	204
2.	Der Bundesrat und seine Stellungnahme zur Erweiterung der Gemeinschaft	206
3.	Der Deutsch-Französische Freundschaftsvertrag.....	206
3.1	Die Vorbehalte der Länder gegenüber dem Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag	207
3.2	Die Wünsche nach Einbeziehung der Länder in die Organisation zur Ausführung des Freundschaftsvertrages.....	209
3.3	Die Ratifizierung im Bundesrat.....	209
IV.	Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und ihre Funktion für die Völkerveröhnung nach dem Zweiten Weltkrieg	211
1.	Zur Funktion der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	213
2.	Zur Bedeutung kommunaler Partnerschaften	214
3.	Die Anfänge der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.....	218
3.1	Die Kontakte zu Frankreich	219
3.2	Die Kontakte zu Belgien.....	220

3.3	Die Kontakte zu den Niederlanden.....	221
3.4	Die Kontakte zu Dänemark.....	223
4.	Der Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit: Eine Bestandsaufnahme	224
4.1	Baden-Württemberg.....	225
4.2	Bayern	226
4.3	Bremen.....	226
4.4	Hessen	226
4.5	Niedersachsen	226
4.6	Nordrhein-Westfalen	227
4.7	Rheinland-Pfalz	228
4.8	Saarland	229
4.9	Schleswig-Holstein	230
V.	Der Einsatz der Länder für die Förderung des Europagedankens.....	231
1.	Die Bedeutung europapolitischer Kompetenz für die Schaffung eines Europäischen Bewußtseins	231
2.	Die Aktivitäten der Länder zur Förderung der Europa-Kompetenz.....	233
2.1	Baden-Württemberg.....	233
2.2	Bayern	234
2.3	Berlin.....	235
2.4	Bremen.....	236
2.5	Hamburg.....	237
2.6	Hessen.....	238
2.7	Niedersachsen	240
2.8	Nordrhein-Westfalen	241
2.9	Rheinland-Pfalz	242
2.10	Saarland	244
2.11	Schleswig-Holstein	245
3.	Zur Bewertung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Förderung der Europa-Kompetenz.....	245
VI.	Zur Beteiligung der Landtage an den Beratungen von Bundesratssachen	247
1.	Das Verhältnis von Landesexekutive und -legislative bezüglich der Informationsweitergabe in historischer Perspektive.....	248
2.	Die Landtage und die Frage des Kompetenzverlusts durch die Europäische Gemeinschaft	249
2.1	Zur Frage der Kompensation über den Bundesrat.....	251
2.2	Die Initiativen zu einer Reform.....	252
3.	Das Verhalten der einzelnen Landtage: Eine Bestandsaufnahme	254

3.1	Baden-Württemberg.....	255
3.2	Bayern.....	256
3.3	Berlin.....	259
3.4	Bremen.....	259
3.5	Hamburg.....	259
3.6	Hessen.....	260
3.7	Niedersachsen.....	260
3.8	Nordrhein-Westfalen.....	262
3.9	Rheinland-Pfalz.....	264
3.10	Saarland.....	266
3.11	Schleswig-Holstein.....	267
4.	Zur Bewertung der Chancen eines Beteiligungsföderalismus.....	268
E.	Der Einsatz der Länder für eine Politische Union: Zur Rolle der Länder als "Föderator" einer Europäischen Union.....	273
I.	Die Auseinandersetzung der Länder mit den Modellen für eine Politische Union in den 80er Jahren.....	273
1.	Der Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments.....	274
1.1	Die Stellungnahme des Bundesrats zur Entschließung des Parlaments.....	276
2.	Die Vorstellungen der Regierungschefs über die Schaffung einer Europäischen Union im Verlauf der 80er Jahre.....	277
2.1	Der Mailänder Gipfel.....	277
2.2	Das Treffen von Luxemburg.....	278
3.	Die innenpolitische Diskussion um die Einheitliche Europäische Akte.....	280
3.1	Das Ratifizierungsverfahren.....	280
4.	Die Auswirkungen des Ratifizierungsverfahrens.....	284
4.1	Die Bund-Länder-Vereinbarung.....	285
4.2	Weitere Beteiligungswünsche der Länder nach Verabschiedung der Bund-Länder-Vereinbarung.....	286
II.	Die Informations- und Einwirkungsmöglichkeiten der Länder in der Folge des Ratifikationsgesetzes zur Einheitlichen Europäischen Akte.....	287
1.	Die Entscheidungsfindung innerhalb der Landesadministrationen.....	288
1.1	Die Koordinierung der Europapolitik durch die Landesregierungen: Eine Bestandsaufnahme.....	289
1.1.1	Baden-Württemberg.....	289
1.1.2	Bayern.....	290
1.1.3	Berlin.....	291
1.1.4	Bremen.....	292
1.1.5	Hamburg.....	292

1.1.6	Hessen	293
1.1.7	Niedersachsen	293
1.1.8	Nordrhein-Westfalen	294
1.1.9	Rheinland-Pfalz	294
1.1.10	Saarland	295
1.1.11	Schleswig-Holstein	296
1.2	Zur Verwaltungsorganisation in den Ländern: Eine Analyse	296
2.	Instrumente zur Wahrung landespezifischer Interessen in EG-Angelegenheiten: Darstellung weiterer Informationsmöglichkeiten	297
2.1	Die Kontakte zur Bundesregierung	297
2.2	Die Kontakte zur Kommission	299
2.3	Die Kontakte zur Ständigen Vertretung in Brüssel	299
2.4	Die Beziehungen zum Europarat	300
3.	Zur Beteiligung der Länder bei Verhandlungen in Beratungsgremien der Europäischen Gemeinschaften (Art. 2 Abs. 5 BEAG)	300
4.	Der Beobachter der Länder bei der EG	303
5.	Die Informationsbüros der Länder in Brüssel	305
6.	Die Organisation und Tätigkeit der einzelnen Informationsbüros: Eine Bestandsaufnahme	307
6.1	Baden-Württemberg	307
6.2	Bayern	308
6.3	Berlin	309
6.4	Bremen	310
6.5	Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen	310
6.6	Hessen	312
6.7	Nordrhein-Westfalen	313
6.8	Rheinland-Pfalz	313
6.9	Saarland	314
7.	Zur Problematik der Entscheidungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten	314
III.	Die Aktivitäten der Länder in den Bereichen Wirtschaft und Recht	316
1.	Die Rolle der Regionalpolitik für den Dezentralisierungsprozeß in der Europäischen Gemeinschaft	317
1.1	Die Reform der Regionalpolitik im Zuge der Einheitlichen Europäischen Akte	318
1.2	Die Steuerungsinstrumente der Gemeinschaft im Bereich der Strukturpolitik	319
1.2.1	Die Ziele der Strukturfonds	319
1.2.2	Die Schwerpunkte der Reform	320
1.3	Die Chancen auf Beseitigung der Disparitäten in der Gemeinschaft durch die gemeinschaftlichen Förderkonzepte	322

1.3.1	Die Auswirkungen der politischen Veränderungen in Osteuropa auf die Regionalpolitik der Gemeinschaft.....	322
1.3.2	Die Chancen für den Einsatz von Gemeinschaftsmitteln für die Bundesrepublik.....	323
1.3.3	Die Integrierung der neuen deutschen Länder in die Förderpolitik der Gemeinschaft.....	324
1.4	Die Handlungsmöglichkeiten der Länder bei der Zuweisung von Fördermitteln.....	326
1.4.1	Die neue Arbeitsweise bei der Zuweisung der Strukturfonds.....	327
1.4.2	Zur Problematik der Mittelbewilligung.....	328
1.4.2.1	Die Reduzierung der Fördergebietskulisse.....	328
1.4.2.2	Die Beihilfekontrollen der Gemeinschaft und die Reaktionen der Länder.....	329
1.5	Die Mittelzuweisungen der Gemeinschaft an die Länder.....	331
1.5.1	Die Mittelausstattung 1975 - 1987.....	331
1.5.2	Die Mittelzuweisung nach der Neuabgrenzung von 1988.....	332
1.5.3	Gemeinschaftliche Förderkonzepte 1989 - 1991/93.....	333
1.6	Bilanz der aktuellen Regionalpolitik in einzelnen Bundesländern.....	335
1.6.1	Baden-Württemberg.....	335
1.6.2	Hamburg.....	335
1.6.3	Rheinland-Pfalz.....	336
1.6.4	Saarland.....	336
1.6.5	Schleswig-Holstein.....	337
1.6.6	Die Chancen der Länder im Zuge der Neuorientierung der Strukturfonds: Versuch einer Bilanz.....	337
2.	Die Europäische Gemeinschaft als Rechtssetzungsgemeinschaft.....	338
2.1	Die Auswirkungen des europäischen Gemeinschaftsrechts.....	339
2.2	Die Einwirkungsmöglichkeiten der Länder auf die Ausgestaltung des Gemeinschaftsrechts.....	342
2.2.1	Die Klage vor dem Europäischen Gerichtshof.....	343
2.2.2	Die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht.....	344
2.2.2.1	Der Streitfall: EG- Rundfunkrichtlinie.....	347
2.2.2.2	Das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht.....	348
2.3	Der Gesetzesantrag zur Änderung von Artikel 24 Abs. 1 GG.....	350
IV.	Die Föderalismus- und Regionalismuskussion in bezug auf die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft.....	353
1.	Das Europäische Bewußtsein und die Forderung nach einer Europäischen Verfassung.....	353
1.1.	Die Zuordnung von Integrationstheorien.....	355
1.1.1	Föderalismus als Zukunftsmodell.....	355
1.1.2	Zur Anwendbarkeit der integrationstheoretischen Ansätze.....	358
2.	Die Länder und ein Europa der Regionen.....	360

2.1	Die Initiativen der Länder in Hinblick auf eine Wirtschafts- und Währungsunion	363
2.2	Die Forderungen der Länder nach einer Repräsentanz auf europäischer Ebene.....	363
	Zusammenfassung	367
	Quellen	371
I.	Unveröffentlichte Quellen - Archivbestände	371
II.	Mündliche oder schriftliche Auskünfte.....	372
1.	Briefwechsel	372
2.	Mündliche Auskünfte.....	374
III.	Gedruckte Quellen	374
IV.	Entscheidungssammlung.....	376
V.	Zeitungen, Zeitschriften, Informationsdienste	376
	Literatur	377